

A N F R A G E

des Abgeordneten Hubert Ulrich (B90/Grüne)

betr.: Klimaschutzpolitik der Landesregierung

Der zurzeit stattfindende UN-Klimagipfel in Paris ist ein Schicksalsereignis und wird zeigen, ob die Staaten der Welt eine gemeinsame Antwort auf die globale Klimakrise finden können. Es geht darum, ein international verbindliches Klimaschutzabkommen zu beschließen. Begrenzen wir die Erderwärmung nicht auf zwei Grad, werden die Folgen der Klimakrise unbeherrschbar. Es erfordert den Einsatz auf jeder staatlichen Ebene, um die CO₂-Emissionen auf ein dafür notwendiges Maß zu begrenzen.

Die Bundesregierung hat dazu bereits Klimaschutzziele festgelegt und verschiedene Bundesländer haben bereits eigene Initiativen in der Klimaschutzpolitik ergriffen. Die saarländische Landesregierung steht in dieser Frage bisher allerdings ohne Handlungskonzept da. Verbindliche Ziele, die sie möglicherweise erreichen will, sind bisher nicht bekannt geworden; ein eigenes Klimaschutzgesetz oder Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz lehnt sie ab. Dabei ist klar, dass auch das Saarland seiner Verantwortung zur Erfüllung der bundesdeutschen und europäischen Klimaschutzziele gerecht werden muss.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Welche Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen plant die Landesregierung zur Erreichung der von der Bundesregierung festgesetzten Klimaschutzziele (CO₂-Einsparung um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 bzw. um 80 Prozent bis 2050)?
2. Plant die Landesregierung die Erstellung eines Klimaschutzplanes? Falls ja, mit welchen Zielen, Zwischenzielen und sektoralen Zielen?
3. Plant die Landesregierung die Erreichung einer klimaneutralen Landesverwaltung? Falls ja, bis wann? Falls nein, warum nicht?
4. Welche Ziele für die Landesverwaltung hat die Landesregierung formuliert, um die Einsparziele zu erreichen?
5. Inwieweit plant sie Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV, um insbesondere den CO₂-intensiven Automobilverkehr zu reduzieren?